

# Bildungszeitung: Der Charakter des Faschismus.

## Erfordernisse an die Analyse der faschistischen Gefahr in der heutigen Zeit

Die Bildungszeitung will etwas Richtiges. Sie nimmt als Ausgangspunkt bestimmte theoretische Fehleinschätzungen in Bezug auf die Rechtsentwicklung, die AfD und die Faschismusgefahr, die in der politischen Linken in Deutschland eine erhebliche Verbreitung haben. Das ist nicht nur löblich, sondern auch nötig, sind diese Fehleinschätzungen doch ein tatsächliches Hindernis im Kampf gegen die Rechtsentwicklung, gegen Krieg und Faschismus.

### **Faschismus – Charakter und Funktion**

Leider löst die Bildungszeitung diesen Anspruch nicht ein. Zu beginnen wäre mit einer Charakterisierung des Faschismus an der Macht und als Bewegung. Beides kommt zwar vor – über den Faschismus an der Macht erfahren wir erst vom Genossen Dimitroff auf S. 8 richtigerweise, dass der Faschismus die offene Diktatur des Finanzkapitals ist, auf S. 9 spricht die Bildungszeitung dann aber ungenau vom Faschismus an der Macht als einer Form der Gewaltausübung des Monopolkapitals. Richtig wäre: Der Faschismus an der Macht ist eine Herrschaftsform des Monopolkapitals, und zwar diejenige, die auf Gewalt und Repression als wesentliches Herrschaftsinstrument setzt. Zwischen Gewaltausübung und Herrschaftsform liegt aber schon ein gewaltiger Unterschied. Die heutige Polizeiarbeit unter parlamentarisch-liberalen Bedingungen ist ebenfalls Gewaltausübung im Sinne des Monopolkapitals.

Eine der Arbeitsfragen der Bildungszeitung lautet: „Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie ist für das Kapital gegenüber der Herrschaftsform Faschismus die bessere Variante. Wieso?“

Ich teile die Einschätzung, dass in der Regel die bürgerliche Demokratie eine stabilere Herrschaftsform darstellt. Immer ist sie das aber nicht. Vielleicht ist die Frage als gezielte Provokation gemeint, die die Diskussion anregen soll, vielleicht ist es aber auch ein grober Schnitzer. Es gibt Situationen, in denen das Kapital die faschistische Herrschaftsform der bürgerlichen vorzieht – herauszufinden, wann, warum und unter welchen Bedingungen ist ein wichtiger Beitrag marxistisch-leninistischer Theoriearbeit und bedeutsam für unsere antifaschistische Strategie.

### **Was ist Rechtsentwicklung und was sind ihre Ursachen?**

Die Bildungszeitung beantwortet diese Frage in folgender Weise: „Die Rechtsentwicklung setzt in dem Moment ein, wo die Integration aufhört, ausreichend wirksam zu sein; wo sich Unmut breit macht, Protestaktionen entstehen und wachsen. Dann beginnt der Prozess der Rechtsentwicklung, der Widerruf bürgerlich-demokratischer Rechte und Errungenschaften.“

Stimmte das, könnten wir die Hände in den Schoß legen, um den Faschismus zu verhindern. Kein Protest – keine Rechtsentwicklung. Die Begriffe Integration und Rechtsentwicklung scheinen hier nicht wirklich klar zu sein, dazu später mehr. Diese Formulierung legt auch eine Lesart des Faschismus nahe, bei der die Motivation des Monopolkapitals an einer faschistischen Herrschaft nur die Verteidigung er eigenen Herrschaft insgesamt gegen die

Arbeiterbewegung ist. Solche Situationen kann es geben und doch ist die Formulierung einseitig. Der deutsche Faschismus war bspw. nicht nur „defensiv“ gegen die Arbeiterbewegung, sondern auch „offensiv“ als notwendiges Mittel, um die außenpolitischen Ziele des Kapitals – nämlich die Revision des Versailler Vertrags und Unterjochung und Ausbeutung ganz Europas sowie Teile Asiens und des Nahen und Mittleren Ostens als Ausgangspunkt um die Vorherrschaft der USA infrage zu stellen und sich selbst in der imperialistischen Konkurrenz als Nummer 1 zu platzieren. Diese Ziele waren aber unerreichbar ohne totalen Kriege, ohne totale Unterstützung der Bevölkerung dieser Ziele.

Stattdessen sollten wir mit Reinhard Opitz wissen, was Rechtsentwicklung wirklich ist: „Der zusammenfassende Begriff für alle Entwicklungen, die im Ergebnis der beschriebenen großkapitalistischen Strategien eine reale Schwächung der demokratischen Kräfte und eine entsprechende Stärkung der latent oder offen antidemokratischen, mit dem Großkapital koalierenden Kräfte herbeiführen, ist der Begriff der „Rechtsentwicklung“. Der Begriff der Rechtsentwicklung umfaßt mithin alle Prozesse, die diesen Effekt bewirken, und zwar unabhängig davon, in welcher ideologisch-propagandistischen Drapierung sie auftreten und sich durchsetzen. Im Begriff der Rechtsentwicklung sind somit sowohl alle Prozesse der integrativen Paralisierung der demokratischen Kräfte wie alle Prozesse der Verschärfung ihrer Diskriminierung, alle Prozesse der Aushöhlung und des Abbaus der verfassungsmäßigen parlamentarischen Demokratie, alle Bestrebungen nach einem „starken“ Staat, nach Erweiterung der Gewaltkompetenzen der Staatsexekutive und Ausbau ihrer Militär- und Polizeikräfte zu bürgerkriegsfähigen Aktionskörpern sowie auch alle Prozesse verstärkten Einbruchs antidemokratischer Ideologie in die Bevölkerung inbegriffen.“

(Opitz/Büscher/Kutz/Rossaint: „Antifaschistische Politik heute“, in: Antifaschistische Arbeitshefte, Heft 15, 1975, S. 17)

Ich finde es wichtig, dass darin sowohl die klassenmäßige Einordnung (Stärkung des "Großkapitals"), die umfassende Sicht auf alle dazu beitragenden Methoden, und der Fokus auf die objektive Wirkung ("Effekt" auf die "demokratischen Kräfte") dieser Methoden enthalten ist.

Die Auflistung der Prozesse im letzten Satz ist dabei nicht abschließend zu verstehen. Der Argumentation von Opitz würde es m.E. durchaus entsprechen, auch unmittelbar ökonomische Entwicklungen (z.B. Lohn- oder Sozialabbau oder auch die Effekte der Teuerung) einzubeziehen.

## **Faschistische Gefahr**

Unser Faschismusverständnis erlaubt es nicht, die Frage nach der Gefahr einer faschistischen Machtausübung alleine mit Blick auf die faschistischen Gruppierungen und Parteien zu beantworten (womit wir uns von andern antifaschistischen Gruppen unterscheiden). Faschismus droht nicht von den faschistischen Gruppierungen her – sondern Faschismus droht aus den Durchsetzungsbedingungen monopolkapitalistischer Klasseninteressen.

Um den Anspruch der Bildungszeitung einzulösen, etwas über die faschistische Gefahr heute auszusagen, hätte man auf unseren Faschismusforscher Reinhard Opitz zurückgreifen können, der drei Bedingungen beschreibt, die – wenn sie gleichzeitig gegeben sind – die Situation eines akut drohenden Übergangs zur faschistischen Herrschaftsform ausmachen:

1. Relevante Teile des Monopolkapitals sehen die Durchsetzung ihrer aktuellen oder nächsten politischen Hauptinteressen im Rahmen der parlamentarisch-liberalen Form ihrer Herrschaft nicht mehr gewährleistet. Auch der schrittweise Abbau bürgerlich-demokratischer

und parlamentarischer Rechte reichte nicht für die Absicherung ihrer Interessendurchsetzung aus. Die politische Integration der Bevölkerung in das System der monopolkapitalistischen Klasseninteressen ist in einer akuten Krise.

2. Die antifaschistischen Kräfte, d.h. alle, die zur Abwehr einer gewaltsamen Durchsetzung der Monopolinteressen motivierbar wären, sind durch unzureichende Bereitschaft zu einheitlichem Handeln oder aus anderen Gründen zu gelähmt, um der herrschenden Klasse den Übergang zum Faschismus zu versperren.

3. Den zum Faschismus drängenden Teilen des Monopolkapitals steht das machtpolitische Mittel zur Errichtung einer faschistischen Diktatur zur Verfügung: Eine ausreichend starke faschistische Massenorganisation oder eine zur Diktaturerrichtung bereite und fähige Basis im staatlichen Repressions- und Militärapparat.

Diese Punkte wären einzuschätzen und zu diskutieren, wollte man etwas über die faschistische Gefahr heute sagen. Das sind eigentlich Standards unserer antifaschistischen Strategie...

### **Faschismus als Bewegung**

Zum Faschismus als Bewegung hält die Bildungszeitung fest:

„Faschismus als Bewegung ist gekennzeichnet durch bestimmte Funktionen für den imperialistischen Herrschaftsapparat: Aufgreifen des Unmuts; Angebote an alle und jeden gegen alle und jedes Problem; Ausloten, wie weit die Rechtsentwicklung zu treiben ist, welche Kröten die Bevölkerung bereit ist zu schlucken; Förderung von Stumpfsinn und Unmenschlichkeit; Rassenkampf; Nationalismus und Chauvinismus. Zusammenfassend: falsche Gegner präsentieren und damit das Kapital aus der Schusslinie nehmen. Diese Rolle übernimmt heute in vielen Bereichen die AfD.“

Das ist nicht komplett falsch, aber für eine Bildungszeitung zu ungenau und zu oberflächlich. Mal am Rande: Eine Bildungszeitung hat nicht die Aufgabe eine politische Einschätzung zu einer aktuellen Entwicklung zu geben. Das ist die Rolle eines Referats oder Diskussionsbeitrags – da muss man dann auch diskutieren, ob das die richtige Einschätzung ist. Eine Bildungszeitung müsste eigentlich den Anspruch haben, ideologische Grundlagen, den Marxismus-Leninismus zu vermitteln, also das Handwerkszeug, um politische Entwicklung einschätzen zu können. Das leistet die Bildungszeitung nicht.

R. Opitz schreibt dazu: „Faschistische Bewegungen, Gruppierungen, Vereinigungen etc. sind demnach aber in nicht faschistisch regierten Gesellschaften solche, die in der Bevölkerung Anhängerschaft für den Übergang zur faschistischen Diktatur sammeln – **und dies notwendig stets in demagogischer Form**“ (vgl. Opitz, „Faschismus und Neofaschismus“, Verlag Marxistische Blätter 1984, S. 240)

Es sollen jetzt nicht die verschiedenen Gruppen nach Mitgliederstärke usw. dargestellt werden, sondern ihre Rolle anhand der Funktionen neofaschistischer Organisationen analysiert werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Verhalten von Faschisten und ihren Unterstützern durchaus widersprüchlich sein kann oder teilweise verschiedene Bewegungen in Kombination miteinander diese Funktionen ausfüllen.

Funktionen

1.) Auffangen bzw. Umfunktionieren von Protestpotentialen,

- 2.) Barometer für antiparlamentarische Integrationslösungen,
- 3.) Alibi für reaktionäre Regierungspolitik,
- 4.) Antreiber in der Rechtsentwicklung,
- 5.) langfristige ideologische Umorientierung,
- 6.) terroristische Einschüchterung,
- 7.) Destabilisierung,
- 8.) Straßenkampf und Bürgerkrieg.

### **Einschätzung AfD**

Das wäre dann auch eine Grundlage, um ernsthaft die AfD einschätzen zu können. Denn auch hier bleibt die Bildungszeitung eher oberflächlich. Völlig unverständlicherweise zitiert unsere Bildungszeitung zustimmend den Linkspartei-Genossen Ekkehard Lieberam – ohne Frage ein wichtiger Bündnispartner, aber eben kein marxistischer Faschismustheoretiker:

„Natürlich wissen wir nicht, wie es um den Kapitalismus und die bürgerliche Demokratie etwa 2040 bestellt sein wird, auch nicht, ob das Monopolkapital dann erneut eine faschistische beziehungsweise terroristische Diktatur favorisiert. Aber wer heute von einer drohenden Abschaffung ‚der Demokratie‘ spricht, verkennt die Lage, übersieht die vorhandene Unfähigkeit vieler Linker, die bestehende bürgerliche Demokratie als vom Monopolkapital derzeit bejahte Form der Kapitalherrschaft zu erkennen und den in ihrem Rahmen stattfindenden Demokratie - abbau zu kritisieren. (...) Klar aber muss sein: Unser politischer Hauptgegner sind die in der Bundesrepublik Regierenden einschließlich der CDU/CSU als Hauptpartei des Monopolkapitals. Die AfD ist nicht nur ein politischer Konkurrent, sondern auch ein potentieller Partner der CDU/CSU. (...) Ziel der AfD ist es, möglichst bald in das Kartell der von ihr so genannten ‚Altparteien‘ aufgenommen zu werden. Sollte die AfD in der Bundesrepublik an die Regierung kommen, wird sie derartige Forderungen sowieso ‚vergessen‘. Sie wird das parlamentarische Regierungssystem nicht beseitigen, es jedoch deutlich weiter nach rechts in Richtung Rassismus und Zerstörung des Asylrechts ausrichten.“

Bis zur ersten Auslassung können wir Ekkehard noch zustimmen. Danach wirft die Einschätzung erhebliche Fragen auf: Woher weiß er, dass die AfD nicht das parlamentarische System abschaffen und nur „ins Kartell der Altparteien“ will?

Hilfreicher wäre es wie immer bei Opitz nachzuschlagen: Faschistische Bewegungen, Gruppierungen, Vereinigungen etc. sind [...] in nicht faschistisch regierten Gesellschaften solche, die in der Bevölkerung Anhängerschaft für den Übergang zur faschistischen Diktatur sammeln – **und dies notwendig stets in demagogischer Form**“ (Opitz, 240). Das heißt man darf der AfD nicht einfach glauben, was sie oder einzelne ihrer Vertreter sagen oder schreiben. Würde die AfD öffentlich wahrnehmbar Teil des „Kartells“ der anderen bürgerlichen Parteien, wäre sie politisch am Ende, weil damit für das Kapital als „Blitzableiter“ unbrauchbar. Die Unterscheidung von Hauptgegner und Hauptfeind macht Unterscheidungen zwischen bürgerlichen Parteien auf, die höchst diskutabel sind. Zu klären bliebe vor allem, welchen Unterschied es denn machen würde hinsichtlich unserer Strategie und Taktik, dass CDU/CSU die Hauptpartei des Monopolkapitals sind. Ab wann könnten Grüne und FDP auch dazugezählt

werden? Ist die SPD als Hauptstütze des Kapitals innerhalb der Arbeiterbewegung weniger wichtig?

Ich persönlich halte die Einschätzung von Jürgen Lloyd für am zutreffendsten. Ich beziehe mich im Folgenden auf sein Referat bei der MES zum Thema von Anfang April<sup>1</sup>:

- Die Integrationsideologien verfolgen den Zweck, dem Effekt der Desintegration entgegenzuwirken, können aber letztlich nicht dauerhaft verhindern, dass die Erfahrung von Interessenverletzungen sich auch im Bewusstsein der Betroffenen niederschlägt. Sie verlieren dann tendenziell ihre Eignung, die „freiwillige“ Mitwirkung der Bevölkerung an der Durchsetzung der Monopolpolitik absichern zu können. Zugleich können sie aber weiterhin wirksam bleiben, in den Köpfen ein manipuliertes Bild von den gesellschaftlichen Zusammenhängen zu erzeugen, welche verantwortlich für die Unzufriedenheit sind. Insbesondere können so die Kräfte, welche objektiv mit den Zielen der Monopole kollidieren, weiterhin im Bewusstsein der Bevölkerung als die Gegner eines vermeintlichen „Gemeinwohls“ erscheinen, als welche sie in den Integrationsideologien dargestellt werden. Der fortwirkende Einfluss der Integrationsideologien, kombiniert mit der Erfahrung, dass die herrschenden Zustände begründete Unzufriedenheit hervorrufen, bilden die Quelle für den Massenanhang faschistischer Bewegungen.
- Das Streben, die Monopolherrschaft aufrechterhalten zu müssen, erzeugt den Bedarf, einerseits möglichst erfolgreich die Strategie der „freiwilligen“ Integration umsetzen zu können, andererseits über die Option zu verfügen, falls erforderlich, auch zur faschistischen Form der Herrschaft übergehen zu können.
- Die AfD ist in der Lage, beide Seiten dieses doppelten Bedarfs, zu bedienen. Sie kann einerseits die Funktion erfüllen, der Desintegration mit den Methoden der Bewusstseinsverfälschung, der Lüge, des Umschmeichelns entgegenzuwirken. In diesem Rahmen unterscheidet sie sich nur graduell von den übrigen Parteien, die genau die gleiche Funktion erfüllen. Zugleich kann sie aber auch die Tauglichkeit entwickeln, als Organisation zu fungieren, mit der sich das eben beschriebene Potential faschistischer Bewegungen sammeln und mobilisieren lässt. Dies unterscheidet sie von den übrigen Parteien der monopolkapitalistischen Integration.
- Die irrige Annahme, auch diese anderen Parteien könnten als Träger einer faschistischen Politik fungieren, beruht auf einem fehlerhaften Faschismusbegriff. Die Bezeichnung Faschismus dient dabei lediglich als Name für den Inhalt dieser oder jener besonders reaktionären Politik. Der Faschismus hat aber schlichtweg keine eigene inhaltliche Spezifik, da sein politischer Inhalt vollständig vom Imperialismus (resp. vom Monopolkapital) vorbestimmt ist. Unser Faschismusbegriff kennzeichnet stattdessen eine spezifische Form, in der dieser Inhalt unter bestimmten Bedingungen zur Durchsetzung gebracht werden soll. Und wir benötigen diesen Begriff zur Analyse dieser bestimmten Herrschaftsform. Die anderen Integrationsparteien sind mit ihrer Arbeitsweise, ihrer spezifischen Agitation, der von ihnen geschaffenen Basis und insbesondere mit dem Modus, wie sie diese Basis der Monopolherrschaft zur Verfügung stellen, so sehr mit den Methoden der „freiwilligen“ Integration verbunden, dass es schlicht effektiver wäre, eine neue Partei aufzuziehen, wenn es darum geht, eine faschistische Massenbasis zu generieren.

---

<sup>1</sup> Jürgen Lloyd, Thesen zur Veranstaltung der Marx-Engels-Stiftung, »Faschismusgefahr und AfD«, 06.04.2024. Abrufbar auf den Seiten der MES.

- Die Brauchbarkeit der AfD, beide Varianten ihres Herrschaftsbedarfs bespielen zu können, stellt für die Monopolbourgeoisie einen Nutzen dar, auf den sie kaum verzichten wird. Die Entstehungsgeschichte der Parteiprojekts AfD aus dem Umfeld der herrschenden Monopolbourgeoisie und die im Vergleich zu vielen früheren Versuchen zur Gründung einer solchen Partei bemerkenswerte Erfolgsbilanz dieses Unterfangens, lassen es unwahrscheinlich erscheinen, die Bourgeoisie würde geneigt sein, dieses Projekt aufzugeben.

Das ist hier nur ein Ausschnitt, über den sich aber kontrovers und gehaltvoll diskutieren ließe.

### **Sonstiges**

Die ganze Bildungszeitung wirkt auch darüber hinaus sehr unsauber gearbeitet:

- Anmerkung zur VVN: Es wäre falsch antifaschistische Arbeit auf den Kampf gegen die AfD zu reduzieren. Es stimmt, dass die Kampagne „Höcke ist ein Nazi“ substanzlos ist. Noch viel substanzloser ist es aber, das in einer öffentlich einsehbaren Bildungszeitung einfach ohne Argumentation und Begründung zu behaupten und damit einen Bündnispartner mit scharfen Vorwürfen (aber eben ohne gute Argumente) anzugreifen. Wo nehmen wir öffentlich so selbstkritisch zu unserer antifaschistischen Arbeit Stellung?
- Die ideologische Grundausrichtung des Kleinbürgertums und des Mittelstandes sei der Liberalismus (S. 6) – das müsste uns mal jemand erläutern. Die bürgerliche Ideologie hat so viele Facetten wie die kapitalistische Gesellschaft Widersprüche. Kleinbürgertum und Mittelstand waren in der Anhängerschaft der NSDAP überproportional vertreten, auch in der AfD-Mitgliedschaft spielen sie eine erhebliche Rolle. Was ist die ideologische Grundausrichtung der Monopolbourgeoisie?
- Der dem Monopolkapital willfährige Staat (S. 6 und 10): Es ist nun einmal der Staat des Monopolkapitals. Wie soll dieser Staat denn dem Kapital nicht willfährig sein? Oder geht das vielleicht doch auch weniger willfährig? Und: Sprechen wir nicht sonst von der relativen Autonomie des Staates? Oder ist das jetzt nicht mehr gültig? Dann müsste man das mal begründen.

Fragen über Fragen...